

Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 1-2: **Malville**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz Parlamentarier und Strahlenschutzfachleute sind sich uneins, wie der Schutz der Bevölkerung vor verstrahlten Lebensmitteln nach einer Katastrophe wie in Tschernobyl gehandhabt werden soll. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK) verlangt, dass der Bundesrat die höchstzulässige Konzentration radioaktiver Substanzen in Lebensmitteln festlegt. [Dieser] Bundesrat bevorzugt ein flexibles System, das nach einem Unfall auf Messungen und Berechnungen der Strahlendosen für die Menschen abstellt. Aufgrund der grossen, vom Ausland mitbeeinflussten Unsicherheit in der Bevölkerung fordert die GPK eine andere Strahlenschutzmethode, als bisher in der Schweiz praktiziert wurde. Analog zu Bestrebungen in der Europäischen Gemeinschaft und zur Praxis in Nachbarländern sollen für Gruppen von Lebensmitteln Grenzwerte für radioaktive Substanzen im voraus festgelegt werden. GPK-Präsident Leuenberger betonte, dass sowohl die Kantonschemiker und Lebensmittelkontrolleure als auch die Nahrungsmittelindustrie solche Werte verlangen. [E + U 2/87, S. 14f] Diese Methode sei einfach zu handhaben und gebe mehr Sicherheit.

Der Bundesrat hat bisher auf die von Strahlenschutzfachleuten empfohlene Methode abgestellt, die sich an den höchstzulässigen Strahlendosen für den Menschen ausrichtet. In der Praxis bedeutet dies, dass die Experten nach einem Strahlenunfall aufgrund von laufenden Messungen die innere und äussere Bestrahlung einer Person berechnen. Darauf stellen die Behörden ihre Anweisungen an die Bevölkerung, zum Beispiel in bezug auf den Milchkonsum ab. Der Bundesrat hält die von der GPK empfohlene Methode, die vergleichbar ist mit der geltenden Regelung für krebserregende Substanzen in Lebensmitteln, für «nicht zweckmässig» und spricht von «unabsehbaren Konsequenzen» bei deren Realisierung. Er zeigt aber Kompromissbereitschaft, indem er sich bereit erklärt, nach einem Strahlenunfall auf Antrag der Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität «höchstzulässige Konzentrationen von radioaktiven Nukliden» in Lebensmitteln festzusetzen. Der Nationalrat wird in den Beratungen über das neue Strahlenschutzgesetz diesem Punkt besonderes Gewicht geben. TA, 3. 2. 89

Schweiz Die grössten Stromverbraucher im [europäischen] UCPT E-System waren 1987 (neueste Zahlen) die Länder Bundesrepublik Deutschland (355 Milliarden Kilowattstunden), Frankreich (323 Mrd. KWh) und Italien (210), die grössten

Stromproduzenten Frankreich (356), die Bundesrepublik (353) und Italien (191). Am meisten Stromexporte im gesamten UCPT E-Versorgungsgebiet verzeichneten die Länder Frankreich (37,1), Schweiz (20,3) und die Bundesrepublik (15,7).

VSE-Strominformation, 26. 1. 89

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Bern Vier Knaben im Alter von 11 bis 13 Jahren haben im Keller der Brandruine der alten Schlossscheune in Bern-Bümpliz eine Kiste mit schwach radioaktivem Inhalt gefunden. Die Kiste stammt von einer Firma, die vor dem Brand von 1976 in jenem Objekt eine Leuchtfarbenetzerei betrieb. TA, 19. 1. 89

Asea Brown Boveri führt heuer durch, was im Produktionskonzept seit Februar 1988 bekannt ist: In der Turbinen- und Generatorenfabrikation wird der Personalbestand von 900 auf 560 gesenkt. Mit dem jetzigen Stellenabbau ist für die Turbinen- und Generatorenfabrikation der Übergang zur Spezialitätenfabrik verbunden. Im Rahmen des internationalen Produktionsverbundes konzentriert sich ABB Schweiz auf die technisch und fabrikatorisch anspruchsvolle Rotorenfertigung. BT, 18. 1. 89

Atommüll «Wenn es sein muss, bin ich bereit, das Lager für radioaktive Abfälle einer Region aufzuzwingen. Dies ist meine Aufgabe», erklärte Bundesrat Adolf Ogi in einem in der «La Suisse» vom 22. 1. publizierten Interview. Zur Begründung führte Ogi an, andere Länder seien nicht mehr bereit, den radioaktiven Abfall der Schweiz zu behandeln. NZZ, 23. 1. 89

Nagra/Schaffhausen Die Schaffhauser Gemeinde Siblingen eignet sich

nicht als Standort für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle. Wie die Nagra mitteilte, ist sie bei ihren knapp fünfmonatigen Sondierbohrungen auf ungünstige geologische Verhältnisse gestossen. Die Nagra will sich jedoch nicht auf eine vorzeitige Standortdiskussion einlassen und vorläufig auch kein Urteil über die Eignung der weiteren Region Schaffhausen als Endlagerstandort abgeben. Das Ziel der Tiefbohrung in Siblingen sei keine Standorterkundung, sondern die Untersuchung grossräumiger Zusammenhänge im kristallinen Untergrund der Nordostschweiz.

Die Nagra hatte ihr Entsorgungsprogramm vor Jahresfrist geändert. So soll der Bau eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle mit erster Priorität vorangetrieben werden. Ohne Zeitdruck soll sodann die Lagerung langlebiger, mittelaktiver und hochaktiver Abfälle abgeklärt werden. Die Inbetriebnahme eines Endlagers wird nicht vor dem Jahr 2020 erwartet. Nach Auskunft von Nagra-Pressesprecher Karl Schori soll zusätzlich auch das Sedimentgestein auf seine Eignung für ein Endlager von stark radioaktiven Abfällen untersucht werden. Bohrungen sollen entweder im Opalinuston im Raum Aargau-Zürich-Schaffhausen oder aber in der unteren Süswassermolasse im Raum Thurgau-St. Gallen vorgenommen werden. Die Nagra wolle sich im Laufe dieses Jahres für eine der beiden Regionen entscheiden und voraussichtlich nächstes Jahr Bohrgesuche einreichen. TA, 18. 1. 89

Nagra/Waadt Die Waadtländer Regierung hat es abgelehnt, auf das Gesuch der Nagra einzutreten, das im waadtländischen Ollon die zweite Arbeitsgruppe hätte ermöglichen sollen. Der Staatsrat begründete den Entscheid damit, dass die Nagra die Vorbereitungsarbeiten nicht beendet habe. NZZ, 27. 4. 89

Nagra/Graubünden Die Bündner Regierung hat ein Gesuch der für einen Sondierstollen am Piz Pian Grand abgelehnt. Wie die Staatskanzlei Graubünden mitteilte, sind Auflagen und Vorbehalte zu einem grossen Teil nicht erfüllt worden, weshalb weitere Bewilligungen «auf Vorrat» verweigert würden. In ihrer Stellungnahme zum Gesuch vom vergangenen Februar hält die Bündner Regierung fest, dass im Rahmen der nun abgeschlossenen Arbeiten verschiedene vom Bundesrat genehmigte Bohrungen und Untersuchungen und damit Entscheidungsgrundlagen für die Bewilligung des Vortriebes für Sondierstol-

len nicht oder unvollständig ausgeführt wurden. Als Folge dieser nicht oder nicht in allen Teilen ausgeführten Arbeiten lägen denn auch die für die Bewilligung eines Sondierstollens erforderlichen Auswertungen seitens der Nagra nicht vor. Ebenso wenig sei das vom Bundesrat verlangte Gesuch um vorbereitende Handlungen an mindestens einem weiteren Standort vorhanden. TA, 22. 4. 89

Nagra/Uri Auf die Absichten der Nagra, am Oberbauenstock bereits jetzt einen Sondierstollen vorzutreiben, hat erwartungsgemäss auch die Bürgerinitiative «Atomüll hiä niä» reagiert. Sie unterstützt ohne jeden Vorbehalt die Urner Regierung, welche gegen das Nagra-Gesuch bereits eine Einsprache beschlossen hat. Es sei absolut eindeutig, dass der Bundesrat die Gleichzeitigkeit der Sondierarbeiten an den drei Standorten Bauen, Olon und Mesocco verlangt habe, bevor überhaupt weitere Projektuntersuchungen bewilligt werden. Diese Forderung werde von der Nagra nun nicht eingehalten. Die Nagra habe mit diesem Gesuch ihre wahre Absicht «unmissverständlich entlarvt»; wird ausgeführt. Sie betrachte das Gestein für ein Endlager dort als geeignet, wo der politische Widerstand am schwächsten sei. Diese Gefahr habe man schon vor Jahren im Umgang mit der Nagra erkennen müssen. Deshalb sei die Bürgerinitiative vom «arroganten Vorgehen der Nagra auch nicht überrascht worden». Vaterland, 22. 3. 89

Nagra/Nidwalden In ihrer Antwort an den Nidwaldner Regierungsrat wehrt sich die Nagra entschieden gegen den Vorwurf, sie wolle die vom Bundesrat bewilligten Sondierstandorte nicht mehr gleich behandeln. Die Sicherheit der Endlagerung werde durch die Standortgeologie bestimmt und nicht durch die politische Situation. Die bisherigen Arbeiten in Wellenberg hätten jedoch keine Ausschlussgründe ergeben. Die Behinderung einer Entsorgungsaufgabe von nationaler Bedeutung dürfe indes nicht durch den Verzicht auf unbeliebte, aber nötige Untersuchungen honoriert werden, schreibt die Nagra dem Nidwaldner Regierungsrat. BT, 7. 2. 89
Das Nidwaldner Kantonsparlament hat drei Initiativen für mehr Mitsprache der Bevölkerung beim Bau des geplanten Nagra-Sondierstollens am Wellenberg mit deutlichen Mehrheiten für ungültig erklärt. Nach Überzeugung von Regierung und Parlamentsmehrheit widersprechen die Initiativen Bundesrecht. Die Ini-

tianten kündigten an, dass sie den Entscheid beim kantonalen Verfassungsgericht und nötigenfalls auch beim Bundesgericht anfechten wollen. BT, 9. 2. 89

Transwal Wie die Gemeinderäte der drei Gemeinden Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal bekanntgaben, wird das Projekt «Transport von Wärme aus dem Aare- ins Limmattal» nun definitiv begraben. Auch auf ein geschrumpftes Projekt wird vor allem aus Kostengründen verzichtet.

Von insgesamt 18 Gemeinden fassten einzig die Stimmberechtigten von Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal im Hinblick auf eine Beteiligung ihrer Gemeinden positive Beschlüsse. In der Folge ersuchten diese drei Kommunen ein Unternehmerkonsortium um die Ausarbeitung einer Offerte für ein Mini-Transwal, wobei dem zu erwartenden Wärmepreis für einen Realisierungsentscheid eine wichtige Rolle zukam. Der früher gefällte generelle Transwal-Beitrittsbeschluss der Gemeinden enthielt nämlich eine Klausel, wonach der Wärmepreis aufgrund von (negativen) Beschlüssen anderer Gemeinden gegenüber den Angaben im Vorprojekt nicht um mehr als 15 Prozent ansteigen dürfe. Genau an diesem Punkt scheiterte nun aber das Mini-Transwal-Projekt der drei Gemeinden. Da die Anschlussleitung auf ein Viertel und das Leitungsnetz auf ein Drittel des ursprünglichen Projekts zusammengeschrumpft war, wären die Wärmegestehungskosten von ursprünglich 44 auf 63 Franken pro Megawattstunde gestiegen. Der maximal zulässige Wärmepreis hätte indes nur 50,6 Franken (44 Franken plus die in den Gemeindeentscheiden festgeschriebenen 15 Prozent) betragen. TA, 16. 3. 89

Fola Dem westaargauischen Fernwärmerversorgungsprojekt Fola erging es nicht anders als Transwal: Es wurde auf Eis gelegt, obschon es «sehr positiv beurteilt wird», so der Aarauer Stadtrat, der jetzt dem Einwohnerrat beantragen wird, «Fola nicht weiterzuverfolgen». Die Gründe für diesen Entscheid: Die «modern ausgebaute und leistungsfähige Gasversorgung Aaraus», der (zurzeit noch) niedrige Ölpreis und die hohen Investitionskosten, ganz zu schweigen von den Folgekosten. Die Fernwärme wäre für die zu versorgenden Gemeinden nur dann erschwinglich bzw. nicht teurer als Heizöl, wenn etwa 70 Prozent der Haushalte angeschlossen wären. Für Aarau wurde errechnet, dass mit 7,7 Rappen pro Kilowattstunde und einer jährlichen Teuerung von drei Prozent ein selbsttragender Be-

trieb der Fernwärme möglich sei. Das entspricht übrigens einem Heizölpreis von etwas über 60 Franken für 100 Kilogramm Heizöl. Ein 70prozentiger Anschlussgrad solle aber ohne Zwang erreicht werden. Das ist nur möglich, wenn die Fernwärme den Verbraucher nicht teurer kommt als Heizöl. Das wäre unter Einbezug von Folgekosten der Fall, wenn Heizöl etwas über 70 Franken kosten würde. Derzeit aber liegen die Heizölpreise mit 24 bis 35 Franken (100 kg) viel tiefer. BT, 25. 3. 89

Zürich Von den 85 525 Stadt-Zürcherinnen und -Zürchern, die sich zur Urne begaben (36,6 Prozent), sagten 35 995 Ja zur Initiative «Ausstieg aus der Atomenergie», 47 099 Nein und 2423 enthielten sich der Stimme. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats, eine milde Form des Stromsparens, wurde etwa im gleichen Verhältnis angenommen, genau mit 44 365 Ja zu 35 074 Nein bei beachtlichen 6077 Leerstimmen. Für die Interpretation des Ergebnisses gibt es eine gutmütige und eine weniger nette Version. Zuerst die Gutmütige: Die Zürcherinnen und Zürcher haben eingesehen, dass sie Strom sparen müssen, wollen dies aber in gut eidgenössischer Bedächtigkeit. Der Stadtrat wird also demnächst einen neuen Stromtarif vorlegen, der Sparanreize bietet, gewisse Luxusstromverbräuche werden verboten und mit technischem Umweltschutz wird der Stromverbrauch zusätzlich reduziert. Der Gemeinderat verwässert die stadträtliche Vorlage nicht, und die Zürcherinnen und Zürcher bezahlen, ohne zu murren. Die Frage ist dann nur, ob wirkliches oder symbolisches Sparen für das gute Gewissen Trumpf sein wird. Nun aber zur weniger netten Interpretation: Die Initiative lockte die Stimmberechtigten überhaupt nicht aus der Reserve. Ausser in Inseraten fand kaum ein Abstimmungskampf statt. Seit klar ist, dass in der Schweiz in nächster Zeit weder Kaiseraugst noch sonst ein Kernkraftwerk gebaut wird, ist die Luft draussen. Seit die Gefahr ein paar Hundert Kilometer westlicher oder östlicher stationiert ist, hat Atomstrom viel von seiner Gefährlichkeit verloren. Seit die eigene Haut nicht mehr unmittelbar bedroht erscheint, sieht man die Annehmlichkeiten dieser Energie wieder mehr und verdrängt das Risiko dafür umso leichter. Die Zürcherinnen und Zürcher haben sich für den bequemsten Weg entschieden: Der Nutzen für uns, Schaden und Risiko dem Ausland. VR, 6. 3. 89

TA Tages-Anzeiger, VR Volksrecht, AT Aargauer Tagblatt, BT Badener Tagblatt, NZZ Neue Zürcher Zeitung